

Präsidentiansprache Generalversammlung 2014

Christoph Mäder, Präsident scienceindustries

27. Juni 2014

- es gilt das gesprochene Wort -

Verantwortung übernehmen schafft Vertrauen

Sehr geehrte Damen und Herren

«Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom.»

Dieser Satz von Albert Einstein umschreibt wohl treffend die Herausforderung, der ich mich in den folgenden Ausführungen zuwenden möchte: Dem Vertrauensverlust, dem sich die Wirtschaft in Gesellschaft und Politik ausgesetzt sieht und möglichen, dringend nötigen Schritten zum Wiedergewinn dieses Vertrauens. Das Unterfangen ist kein Leichtes, aber als Ihr Präsident und Vertreter einer forschungsintensiven Industrie weiss ich, dass das Ergebnis am Anfang eines Unterfangens vielfach nicht voraussehbar ist, dass die Prozesse langwierig sein können und wir dabei auch Rückschläge in Kauf nehmen müssen. Und als weitere Parallele zum Forschungsprozess: das Ergebnis unserer Arbeiten ist selten das Werk isolierter Einzelner, sondern meistens das Resultat intensiven Austausches und Kooperation. Nehmen Sie daher meine Ausführungen als Anstoss – wie ein Steinwurf ins Wasser, der hoffentlich in Wellen seine Wirkung entfaltet.

Meine Damen und Herren, es lässt sich nicht beschönigen: Das Ansehen der Wirtschaft in Politik und Gesellschaft hat in jüngster Zeit ernsthaften Schaden genommen. Es gelingt uns deutlich weniger als früher, unsere Anliegen einer breiten

Bevölkerung zu vermitteln und sie in der politischen Diskussion, in Gesetzesvorlagen und Abstimmungskämpfen durchzusetzen. Der Vertrauensverlust in die Wirtschaft ist spürbar und wir erleben ihn, wo immer Wirtschaftsvertreter auftreten. Ohne Vertrauen aber kann sich die Wirtschaft in einem Land längerfristig nicht angemessen entfalten und damit ausreichend zur Sicherung des Wohlstandes aller Bürger beitragen. Ohne das Vertrauen von Gesellschaft und Politik in die Wirtschaft gibt es letztlich keine unternehmerische Freiheit, respektive wird diese eingeschränkt: Denn letztlich sind alle Maßnahmen staatlicher Kontrolle oder sonstige Eingriffe in die Handlungsfreiheit der Unternehmen und des Einzelnen auf Misstrauen gegründet. Nach dem Staat, nach staatlicher Regulierung wird gerufen, wenn den wirtschaftlichen Akteuren nicht zugetraut wird, selber für Ordnung besorgt zu sein.

Unsere wertschöpfungsintensive und global ausgerichtete Branche ist aber auf international möglichst gute Rahmenbedingungen für Forschung, Produktion und den Export angewiesen. Damit unsere Unternehmen ihre volkswirtschaftlich bedeutsame Leistung erbringen können, brauchen sie kompetitive Produktionsfaktoren in ausreichender Menge und Qualität und sie brauchen eben gerade ausreichende unternehmerische Freiheit. Diese wird uns, und der Wirtschaft generell, aber nur gewährt, wenn die Bevölkerung uns vertraut. Ein Blick auf die Entwicklung der Gesetzgebung und der Rahmenbedingungen der letzten Jahre lässt den Schluss zu, das dies nicht in ausreichendem Masse mehr der Fall ist.

Woran liegt das?

Im Folgenden will ich versuchen, einige Gründe für diesen Vertrauensverlust zu analysieren und damit die Frage nach möglichen Lösungsansätzen zu verbinden; denn Lösungen für diese Vertrauenskrise sind nötig und sie sind dringend. Wir sind als Wirtschaftsvertreter in der Defensive, und wir haben gar keine andere Wahl als uns

aus dieser Position herauszumanövern. Den Vertrauensverlust einfach zu kritisieren und zu bedauern, genügt nicht.

Analysieren wir die Reputation der Wirtschaft etwas genauer, machen wir zunächst eine erste Beobachtung: Die Wirtschaft wird dann als etwas Positives wahrgenommen, wenn sie klein und binnen-orientiert ist, aber als etwas Bedrohliches, ja gar Böses, wenn sie gross und multinational daherkommt.

Der Wunsch nach Kleinheit und Ueberschaubarkeit ist Ausdruck einer Verunsicherung bei der Bevölkerung durch ein international fragiles, instabiles, in letzter Zeit politisch wie ökonomisch als negativ empfundenenes Umfeld. Die Zeiten sind unsicherer geworden, die Komplexität wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge hat zugenommen und der schnelle Wandel, auch am Arbeitsplatz, überfordert viele Menschen. Die zunehmende Komplexität des täglichen Lebens, gekennzeichnet durch enorme Datenmengen und ungehemmten und extrem schnellen Datenfluss, steigert den Wunsch nach Einfachheit. Der Einzelne hat Mühe, mit dem Veränderungstempo und der Komplexität der Wirtschaft umzugehen und er sehnt sich vermehrt nach kleineren, überschaubaren Strukturen. Die weltweit vernetzte Wirtschaft, erst recht multinationale Unternehmen, werden dabei eher negativ bewertet.

Auch politisch schlägt sich dies nieder: Die Unsicherheit vieler Menschen angesichts rasanter Veränderungen und das Misstrauen breiter Kreise gegenüber der globalisierter Wirtschaft führen zu verstärkt auftretendem Protektionismus und zu nationalistischen Tendenzen, wie wir sie leider wieder vermehrt registrieren. Sie sind letztlich auch Anzeichen dafür, dass für den Einzelnen Überschaubarkeit und Identität verloren gegangen sind. Halt wird daher im Vertrauten gesucht, im Kleinräumigen und Einfachen. „Small is beautiful“.

Das führt mich zu einem weiteren Punkt: Die Ansprüche an die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen sind gestiegen, Entscheidungen in Politik und Wirtschaft werden von den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zunehmend und zunehmend kritisch hinterfragt. Das ist grundsätzlich ja nichts Schlechtes; es fragt sich aber, ob diese kritische Beurteilung auch nach den richtigen Kriterien erfolgt. Da bin ich, ich gebe es zu, einigermaßen skeptisch. Mir scheint, als würden vielfach in erster Linie individuelle Interessen als Massstab genommen, um Entscheidungen der Verantwortlichen zu beurteilen. Individuelle Interessen von Einzelnen wie auch von Unternehmen stehen im Vordergrund. Was nützt mir/ meiner Gruppierung/meinem Unternehmen am meisten? Eigennutz als einzige Messlatte.

Dieser abnehmende Gemeinsinn und die Zunahme des individuellen Nutzdenkens können z.B. sehr schön auf Gemeindeebene beobachtet werden: Es ist viel leichter, Verbündete zu finden und zu mobilisieren, wenn es um persönliche Vorteile oder vermeintliche individuelle Beeinträchtigungen geht. Wie anders lassen sich z.B. das geradezu epidemieartige Auftreten von Lärmschutzwänden in unserem Land erklären? Wieviel schwieriger ist es dagegen, geeignete Kandidaten und Kandidatinnen für öffentliche Ämter in einer Gemeinde zu finden – Leute, die bereit sind, sich zu exponieren und breite Verantwortung zu übernehmen! Aber nicht genug: Das fehlende Engagement in der Gesellschaft wird ergänzt durch eine eigentliche „Anspruchsinflation“: Immer höhere Ansprüche werden an Staat und Politik, aber auch an die Wirtschaft gestellt, allein, der Wille zur Leistung des eigenen Beitrages schwindet. Es sollen es andere für mich richten.

Diese Anspruchshaltung äussert sich auch in der direkten Demokratie: Wie oft hört man, dass jemand so oder anders abgestimmt hat, um „ein Zeichen zu setzen“ – über die Verantwortung des Einzelnen in der direkten Demokratie liest man leider viel zu wenig.

Fordern lässt sich aber auch leicht, weil das Bewusstsein, woher unser Wohlstand kommt, in weiten Teilen der Bevölkerung fehlt: es geht uns (zu) gut und wir fordern lieber als zu leisten – und meist bekommen wir politisch denn auch, was wir fordern, finanziert durch ungedeckte Checks, deren Bezahlung wir gerne künftigen Generationen überlassen. Klassische Anreizsysteme funktionieren nicht mehr, Leistung lohnt sich vielfach nicht mehr – und soll sich nach Ansicht breiter Kreise auch nicht mehr lohnen. Warum soll ich mich anstrengen und Risiken eingehen, wenn ich die Mittel auch als Subvention, Sozialleistung oder einen „Förderbeitrag“ bekomme?

Fazit: Unser Wohlstand steht uns wohl im Wege, er wird als selbstverständlich wahrgenommen und man gibt sich dem Glauben hin, dass er uns fast „naturgemäss“ zusteht und gesichert ist. Freiheitliche und liberale Werte wie das fundamentale Prinzip der Selbstverantwortlichkeit werden zurückgedrängt und der Notwendigkeit einer liberalen Wirtschaftsordnung als Grundvoraussetzung unseres Wohlstandes wird zu wenig Beachtung geschenkt. Das schlechte Ansehen der Wirtschaft ist nur eine Folge davon.

Sollen wir uns mit diesen betrüblichen Entwicklungen nun einfach abfinden und sie als unveränderlich hinnehmen. Sollen wir, wie das viele sehen, einfach auf die nächste Krise warten, die uns dann vor Augen führt, dass doch nicht alles so selbstverständlich ist?

Darauf kann die Antwort nur ein klares NEIN sein! Zu viel steht für die Schweiz auf dem Spiel. Ich sage bewusst nicht „Wirtschaftsstandort Schweiz“, denn es geht nicht nur um die Wirtschaft, es geht um das Wohlergehen unseres Landes. Die freiheitliche Schweiz, mit ihrer traditionell liberalen Wirtschaftspolitik und ihrer starken

Wirtschaft, ist ein Erfolgsmodell. Diese Erfolgsmodell wollen wir bewahren und weiterführen, es ist Grundlage unseres Wohlstandes und damit auch Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat, der seinen sozialen und sonstigen Aufgaben nachkommen kann.

Das heisst aber auch, dass die Wirtschaft ihren Beitrag zu leisten hat, damit das Vertrauen einer breiten Bevölkerung in die Wirtschaft wieder zurückkehrt. Der viel beklagte, vermeintliche oder real existierende, Graben zwischen Wirtschaft und Gesellschaft muss wieder zugeschüttet werden.

Dazu braucht es mehrere Dinge:

- Erstens müssen wir einer breiten Bevölkerung die wirtschaftlichen Zusammenhänge einleuchtend erklären, die internationalen Verflechtungen der Schweizer Wirtschaft darlegen und ganz generell den ursächlichen Zusammenhang zwischen einer liberalen Wirtschaftsordnung und gesellschaftlichem Wohlstand wieder ins Bewusstsein rücken. Die Bevölkerung muss mit den Grundregeln des Wirtschaftens vertraut sein, um auch wieder Vertrauen in die Wirtschaft zu fassen.
- Zweitens genügt es nicht einfach zu beklagen, dass immer weniger Wirtschaftsverband in der Politik zu Worte komme. Verband hat bekanntlich etwas mit Menschen zu tun und wir müssen daher aktiv dafür sorgen, dass die richtigen Menschen in der Politik aktiv sind. Wirtschaftsvertreter aller Stufen müssen die Möglichkeit haben, sich in Politik und Verbänden zu engagieren. Das firmeninterne Umfeld zu schaffen, dass ein solches Engagement nebst einer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit auch für unsere Angestellten möglich und akzeptiert ist, ist Aufgabe der obersten Unternehmensführung. Wir

können die Vertretung der Wirtschaftsinteressen letztlich nicht einfach wegdelegieren.

- Ein Drittes: Die Wirtschaft und ihre Repräsentanten müssen sich wieder viel stärker auch auf die politische Diskussion von Themen einlassen, die auf den ersten Blick nicht unmittelbar wirtschaftsrelevant sind. Das Erfolgsmodell Schweiz hat als eine wesentliche Grundlage, dass nicht nur die Bevölkerung Verständnis für die wirtschaftlichen Anliegen aufbringt, sondern dass sich die Wirtschaft auch als integrierter Bestandteil der Bevölkerung und der Gesellschaft versteht. Es wird, und dies zu recht, meine Damen und Herren, von der Wirtschaft erwartet, dass sie sich wieder in höherem Masse für die Anliegen unseres Landes und seiner Bevölkerung einsetzt. Gerade auch unsere stark international ausgerichtete Branche ist aufgefordert, vermehrt nicht nur Verantwortung für das wirtschaftliche Handeln in den Unternehmen zu übernehmen, sondern sich auch verstärkt wieder in der Politik, in der Öffentlichkeit, in Vereinen und in Verbänden zu engagieren. Es genügt nicht, Good Citizen- oder Corporate Responsibility-Programme aufzulegen und diese in schicken Hochglanzbroschüren zu vermarkten. Es braucht echtes Engagement und „patronales“ Verhalten im positiven Sinn durch unsere Unternehmensführer: Verantwortung und Sorge für die Mitarbeitenden, eine nachhaltige, auf Langfristigkeit ausgelegte Unternehmensstrategie sowie ein gesellschaftliches Engagement über den unmittelbaren betrieblichen Nutzen hinaus.

Es geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Übernahme von Verantwortung, die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl. Der für unser wirtschaftliches Handeln absolut erforderliche gesellschaftliche Grundkonsens und das Verständnis für unsere Anliegen müssen erhalten bleiben. Das Vertrauen

einer breiten Bevölkerung in die Wirtschaft und ihre Repräsentanten kehrt nur dann zurück, wenn diese sich auch sichtbar und mit Sinn für das Gemeinwohl in der Politik und in der Gesellschaft engagieren. Die Schweiz wurde über die letzten Jahrzehnte hinweg auch durch dieses persönliche Engagement der Wirtschaft zu einem der erfolgreichsten und wohlhabendsten Länder der Welt. Lassen Sie uns diesen Weg weiter beschreiten.

Christoph Mäder, Präsident scienceindustries